

Ordensschulen Trägerverbund gemeinnützige GmbH

- Geschäftsführung -
Postfach 14 51 - 88343 Bad Saulgau

Kurzinformation

Thema: Podiumsdiskussion in Stuttgart vom 11.02.11 - Zusammenfassung

Leider konnte Frau Ministerin Schick nicht zur Podiumsdiskussion kommen.

Anwesend waren

CDU H. Minister Peter Hauck

FDP Fr. Arnold in Vertretung von H. Dr. Rülke

SPD: Dr. Frank Mentrup

Grüne: Winfried Kretschmann

In der Zusammenfassung kann man festhalten, dass es eine sehr emotionale Veranstaltung war. Der Unmut über die nach wie vor schlechte Finanzierung der Freien Schulen und eine mangelnde Perspektive wurden immer wieder deutlich.

Im Kern ging es um die Frage, wie sich die Parteien zu einer substanziellen Verbesserung der Finanzierung der freien Schulen stellen.

Ausgangssituation:

Obwohl die Koalition 2006 eine Verbesserung der Finanzierung freier Schulen in Aussicht gestellt hatte, hat sich die Förderquote seit Jahren immer wieder verschlechtert. Im

Gegenzug mussten auch die Schulgelder an den Freien Schulen steigen.

Trotzdem hat die Landesregierung in absoluten Zahlen immer mehr Geld ausgegeben.

Hintergrund sind die deutlich gestiegenen Schülerzahlen bei den freien Schulen. Dies war auch nach den Aufforderungen von H. Öttinger offensichtlich so von der Koalition gewollt.

Da die freien Schulen nun immer mehr Schüler betreuen, was nicht zuletzt auf den wachsenden Elternwunsch zurück zu führen ist, konnten die öffentlichen Schulen deutlich Kosten reduzieren. Diese Reduzierung wurde nun als sog. Demographische Rendite u.a. für die Finanzierung von Verbesserungen im öffentlichen Schulwesen verwendet, von der jedoch die Freien Schulen ausgenommen wurden.

Die Position der Freien Schulen ist dabei klar: Sie wollen die 2004 versprochene und 2006 ins Privatschulgesetz aufgenommene Anhebung der Zuschüsse endlich realisiert sehen unter ansonsten gleichen Bedingungen auf mindestens 80% der Kosten eines öffentlichen Schülers, wie sie im Bruttokostenmodell ermittelt werden.

Letztlich können wir die Diskussion wie folgt zusammenfassen:

CDU:

Sie betont immer wieder, dass die Koalition in der Vergangenheit immer mehr Geld für die Freien Schulen ausgegeben hat.

Unsere Position: Hier wird letztlich nicht anerkannt, dass diese Mehrausgaben auf lfd. Kostenerhöhungen zurück zu führen sind und auf die deutlich gestiegene Schülerzahl (8% der Schüler im Land anstatt 5%).

Eindeutig versprach die CDU, dass sie für den Fall einer nochmaligen Verbesserung im öffentlichen Schulwesen das freie Schulwesen analog behandelt wolle. In die Finanzierung der Verbesserungen des Schulwesens sind die freien Schulen aber nicht eingeschlossen.

Letztlich wurde deutlich, dass die CDU zwar die 80% erreichen will, jedoch lässt sie sich auf keinen verbindlichen Stufenplan ein.

Auch wird im Zusammenhang mit den Aussagen der FDP und dem Wahlprogramm der CDU deutlich, dass man die Grundlagen der Finanzierung der Freien Schulen nochmals klären will. Dahinter versteckt sich letztlich die Absicht, das Bruttokostenmodell als Ermittlungsverfahren für die Kosten eines öffentlichen Schülers nochmals zu überarbeiten. Wir vermuten, dass man beabsichtigt, die Berechnung so zu korrigieren, dass bereits heute viele Schulen auf eine 80%-ige Förderung kommen. Dies ist jedoch bei korrekter Ermittlung aller Kosten des öffentlichen Schulwesens nicht der Fall. Die freien Schulen hatten vor Jahren den 80% als Ziel unter den damals geltenden Bedingungen zugestimmt. Die Koalition will nun diese Randbedingungen offensichtlich hinterfragen, um so ohne wesentliche Mehrausgaben einen besseren Kostendeckungsgrad abzubilden. Im Ergebnis ist damit den Freien Schulen aber nicht geholfen. Der faktische Deckungsgrad wird sich damit wohl kaum erhöhen lassen, gegebenenfalls sinkt er sogar weiter, was zu weiter steigenden Belastungen für die Schulträger und damit auch für die Eltern führen wird.

FDP:

Die FDP gesteht zwar in ihrem Wahlprogramm zu, dass sie die 80% verbindlich erreichen will.

Unsere Position: Die Aussagen auf der Podiumsdiskussion sprechen eine andere Sprache. Man will wohl eher die Berechnungsgrundlage so verändern, dass sich die Zuschussquoten verbessern und damit keine wesentlichen zusätzlichen Ausgaben notwendig werden. Hier müssten die Freien Schulen letztlich keine Befürchtung entwickeln, wenn wirklich alle Kosten in das Modell aufgenommen würden, zu denen auch die Investitionskosten zählen. Aus der Diskussion wurde aber deutlich, dass man hier wohl eher an eine selektive Auswahl von Kosten und Einnahmen denkt, selbst wenn in Aussicht gestellt wurde, dass man auch an eine Übernahme der Ganztagesleistungen denkt.

Auch diese Lösung erscheint für die freien Schulen wenig hilfreich und wird die Situation wohl kaum nachhaltig verbessern. Die Belastungen werden auf die Eltern verlagert.

SPD:

Die SPD sieht und bewertet die Entwicklung der Finanzierung der freien Schulen sehr klar und erkennt auch die Widersprüche in der Argumentation der Koalition. Sie fordert klar einen verbindlichen Stufenplan in der Finanzierung der 80% und zwar ohne ein erneutes Aufrollen der Finanzierungsgrundlagen.

Grüne:

Die Grünen nehmen wohl die klarste Haltung in der Finanzierungsfrage ein. H. Kretschmann verdeutlicht ohne jede Einschränkung, dass sie für den Fall des Wahlerfolges einen verbindlichen Stufenplan für die Erreichung der 80% unter ansonsten gleichen Bedingungen innerhalb der kommenden Legislaturperiode umsetzen wird. Er nimmt dabei explizit auf das Verfassungsrecht der Eltern Bezug, Freie Schulen zu errichten und diese für ihre Kinder auszuwählen.

Dies war wohl die eindeutigste Aussage zu Gunsten der Familien an den freien Schulen an diesem Abend.

Sießen, den 18.02.11
Staiber